

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Wechselkurse - Währungskonferenz -
Öldefizite - Devisenausgleich - Preisstopp

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: Wechselkurse - Währungskonferenz - Öldefizite - Devisenausgleich - Preisstopp, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 4, pp. 167-168

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wechselkurse

Labile Devisenmärkte

Die Devisenkurse sind wieder in Bewegung geraten. In der zweiten Märzhälfte setzte sich weltweit die Überzeugung durch, daß die D-Mark, die im Winter in den allgemeinen Sog der Ölpreishysterie geraten war, trotz ihrer seither verzeichneten Erholung noch immer international unterbewertet sei. Für diese Meinung gab es gute Gründe. Im Vergleich zu vielen anderen Verbraucherländern geht die Bundesrepublik nämlich recht wohl gerüstet in den kommenden Währungswettbewerb.

Der Bundesbank geben Währungsreserven von 90 Mrd. DM — bei realistischer Bewertung der Goldbestände: 120—130 Mrd. DM — ein solides Polster, um bei gegebenem Kursniveau ein denkbares Zahlungsbilanzdefizit finanzieren zu können. Allerdings dürfte sie kaum dazu gezwungen sein. So schlugen Öl und Ölprodukte in der Einfuhrrechnung 1973 zwar mit rund 14 Mrd. DM oder 10 % des Gesamtimports zu Buche; 1974 könnte der Betrag leicht auf 30—32 Mrd. DM empor-schnellen. Den erwarteten Mehrausgaben steht jedoch ein 1973 im gleichen Maße gestiegener Exportüberschuß (40,3 Mrd. DM nach 26,5 Mrd. DM 1972) gegenüber. Außerdem ist die deutsche Produktionsstruktur optimal auf die Befriedigung des zu erwartenden (Mehr-)Bedarfs an Investitionsgütern in den Ölländern wie in den vom Strukturwandel erfaßten Verbraucherländern zugeschnitten. Gerade in diesem Bereich bestehen auch gute Möglichkeiten der internationalen Preisüberwälzung.

Insgesamt sollte der Saldo der Leistungsbilanz daher — anders als in anderen Ländern — kaum negativ werden. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik dank eines funktionsfähigen Finanzsystems und relativ hoher sozialer Stabilität zu einem bevorzugten Anlageland für die Ölmilliarden werden dürfte. Nicht der Kursanstieg der DM ist demnach erstaunlich, sondern der Umstand, daß er sich zunächst so einseitig gegenüber dem Dollar vollzog. Das Währungskarussell wird sich daher noch weiter drehen. scha

Währungskonferenz

Nur eine Zwischenlösung?

Bei der Diskussion über die Reform des Weltwährungssystems wird seit der Ölkrise zwischen langfristigen Reformplänen und dringenden Reformpunkten unterschieden, deren Lösung nur als

eine Zwischenphase auf dem Weg zur endgültigen Reform angesehen wird. Zu diesen Punkten gehören die Erarbeitung von Richtlinien für ein System floatender Kurse, die Bewertung und Verzinsung von SZR sowie die Verbesserung der Struktur des IWF.

Alle drei Punkte bildeten auch die Hauptthemen auf der März-Tagung der Stellvertreter des Zwanziger-Ausschusses in Washington. Daß es hier noch zu keiner Einigung kam, ist sicherlich keine „Sensation“. Verwunderlich ist aber, daß der Zwanziger-Ausschuß seine Augen vor der Realität teilweise immer noch verschließt und den Eindruck erweckt, als könnte man tatsächlich noch einmal zu einem nur leicht revidierten Bretton-Woods-System mit festen, aber anpassungsfähigen Paritäten zurückkehren. Dieser Glaube muß Utopie bleiben, denn die Internationalisierung in der Unternehmens- und Finanzsphäre wird nicht ab-, sondern weiter zunehmen. Außerdem wird es immer wieder ähnliche Ereignisse wie die Ölkrise geben, so daß nur ein flexibles Währungssystem den künftigen Anforderungen gerecht werden kann.

Dieses System sollte aus manipuliert und kontrolliert floatenden Kursen bestehen, wobei der notwendige Liquiditätsbedarf durch attraktive SZR gedeckt werden könnte, deren Schaffung und Kontrolle Aufgabe des IWF sein muß. Die Attraktivität der SZR ist notwendig, damit sie als Mittel zur Neutralisierung bestehender Devisenüberschüsse dienen können, unabhängig davon, in welchen Händen sie sich befinden. Auf diese Punkte sollten die verantwortlichen Politiker und Experten ihre Bemühungen konzentrieren, denn dann könnten die als Übergangslösung gedachten Reformpunkte zur endgültigen Reform ausgearbeitet werden. ge

Öldefizite

Exportoffensiven kein Ausweg

Aufgrund der drastischen Erhöhung der Ölpreise wird die Leistungsbilanz der westlichen Industrieländer insgesamt in diesem Jahr ein in seiner Höhe bisher unbekanntes Defizit aufweisen. Die rapide Passivierung der Leistungsbilanzen einer Reihe von Ländern in den letzten Monaten hat nun verschiedene Regierungen veranlaßt, die Industrie ihres Landes mehr oder weniger laut zu einer Exportoffensive zu ermuntern. Dabei blieb es nicht nur bei einer „moral suasion“. Auch mit finanziell wirksamen Maßnahmen versucht beispielsweise Frankreich, den Anstieg der Warenausfuhr zu beschleunigen.

Der unbefangene Beobachter der Welthandelszene mag erleichtert aufatmen, daß kein Startschuß für einen Abwertungswettlauf gefallen ist. Der Verzicht auf eine Änderung der Wechselkursrelationen erfolgte jedoch wohl allein nur aufgrund der unerwünschten internen Folgen. Denn die hiermit verbundene Erhöhung der Importpreise würde den Bemühungen um eine Eindämmung der ohnehin kräftigen Teuerungsraten einen weiteren Schlag versetzen.

Ausdruck einer internationalen Solidarität zur Bewältigung der Folgen der Ölkrise ist das Bemühen um eine Stabilisierung der Wechselkurse hingegen offenbar kaum. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurfte, dann liefern ihn jetzt die Exportoffensiven. Sie können nämlich nur dann „erfolgreich“ sein, wenn sie sich gegen andere Industrieländer richten. Einige Industrieländer müßten bereit sein, eine verstärkte Passivierung der Leistungsbilanz hinzunehmen. Der Aufruf der amerikanischen Automobilgewerkschaft, die Exporte von Pkw in die USA freiwillig zu beschränken, der mit der Androhung von Abwehrmaßnahmen verbunden ist, illustriert jedoch den Unwillen der betroffenen Länder, eine Umverteilung der ölbedingten Defizite tatenlos hinzunehmen. Der erreichte Freiheitsgrad im Welthandel dürfte daher in den kommenden Monaten besonders gefährdet sein. wt

Devisenausgleich

Ökonomisch noch zweckmäßig?

Vor kurzem einigten sich die USA und die BRD über ein neues Devisenausgleichsabkommen in Höhe von 5,9 Mrd. DM. Es soll die amerikanische Zahlungsbilanz von Devisenkosten entlasten, die den USA aus der Stationierung ihrer 200 000 Soldaten in Deutschland entstehen. Damit hat man zwar eine militärisch-politisch befriedigende Lösung gefunden. Zweifelhaft ist aber die ökonomische Zweckmäßigkeit des Abkommens.

So erweisen sich Güterkäufe — die den Kern des 8. Abkommens ausmachen — als ein ökonomisch wenig sinnvolles Instrument. Sie können nur dann einen zahlungsbilanzaktivierenden Primäreffekt auslösen, wenn sie zusätzlich sind, d. h. über das hinausgehen, was normalerweise aus den USA bezogen wird. Derartige Transaktionen lassen sich von der BRD jedoch nur unter Mißachtung der Marktgesetze vornehmen und führen daher zur Verschwendung von Ressourcen.

Für die USA bringen die deutschen Zivil- und Rüstungskäufe allenfalls eine teilweise Entlastung der Zahlungsbilanz, weil eine Reihe von Sekundäreffekten dem primären Aktivierungseffekt ent-

gegenwirken. Problematisch sind auch die vereinbarten Kredittransaktionen, denn mit der Verzinsung und der Rückzahlung sind Zeitzünder für eine Passivierung gelegt.

Berücksichtigt man außerdem die jüngsten Dollarabwertungen und die damit zu erwartende Aktivierung der amerikanischen Zahlungsbilanz, so verliert das Instrument des Devisenausgleichs vollends seine Berechtigung. Die ersatzlose Streichung ist aus politischen Gründen jedoch kaum zu erwarten. Deshalb sollte man versuchen, zu einer angemessenen Verteilung der Verteidigungskosten zu kommen, an der allerdings nicht nur die BRD, sondern alle NATO-Partner beteiligt werden müßten. kr

Preisstopp

Kurieren an Symptomen

Ende März legte die Bundesregierung revidierte Zahlen zum Jahreswirtschaftsbericht vor. Sie sah sich veranlaßt, u. a. auch die Schätzung des Verbraucherpreisanstiegs nach oben zu korrigieren. Dennoch lehnt sie einen Preisstopp nach wie vor entschieden ab. Das jedenfalls geht aus einer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme hervor. Damit ist die Bundesrepublik das einzige westliche Industrieland, das auf dirigistische Eingriffe zur Inflationsbekämpfung verzichtet. Und das aus gutem Grund.

In der Tat haben sich Preisstopp und Preiskontrollen im Ausland bisher als untauglich erwiesen. Auch in der BRD würden sich diese negativen Erfahrungen wiederholen. So ist eine Einflußnahme auf die Preise wichtiger Importgüter, wie z. B. Erdöl, weitgehend ausgeschlossen, wenn Versorgungsschwierigkeiten vermieden werden sollen. Erst recht hätte ein auf ausgewählte Inlandsprodukte begrenzter Preisstopp wenig Sinn. Letztlich sind Preisdirigismen ein Kurieren an Symptomen, wobei die eigentlichen Inflationsursachen nicht beseitigt werden.

Was bleibt, sind marktkonforme Mittel, mit denen aber direkt nur nachfragebedingte Preisauftriebenden gedämpft werden können. Darüber hinaus versprechen höchstens noch jene Maßnahmen einen Erfolg, die auf eine Intensivierung des Wettbewerbs hinzielen. Alles in allem sind in der gegenwärtigen Situation die Chancen einer raschen Inflationsbekämpfung gering. Zwar wird die Bundesrepublik am Ende des internationalen Inflationszuges bleiben. Ein Abkoppeln ist jedoch angesichts der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung auch bei floatendem Wechselkurs nicht möglich. bra